



## ایران رپورت

### Iran-Report

08/21

August 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	10
Wirtschaft	11
Aussenpolitik	14

---

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Anja Hoffmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
20. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Tote bei Unruhen in der Provinz Chusestan / Erste Stellungnahme Chameneis zu den Präsidentschaftswahlen / Raisi fordert Lob für seine Verbrechen / Ejechi zum neuen Justizchef ernannt / Proteste wegen landesweiter Stromausfälle / Die Epidemie verbreitet sich weiter

---

### TOTE BEI UNRUHEN IN DER PROVINZ CHUSESTAN

In allen Städten der im Südwesten des Landes gelegenen Provinz Chusestan begannen am 15. Juli Proteste wegen Wasserknappheit. Für die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Provinz ist Arabisch Muttersprache. Hier befinden sich die reichsten Ölquellen des Landes. Die Medien berichteten von Straßensperren mit angezündeten Autoreifen.

Videoaufnahmen zeigen Demonstranten, die rufen: „Wir haben Durst, wir brauchen Wasser“, „Tod dem Diktator“, „Tod Chamenei“. Zu sehen sind zahlreiche Tierkadaver. Sondereinheiten der Ordnungs- und Sicherheitskräfte versuchen die Menschen zu vertreiben. Auch viele Frauen und Kinder befinden sich unter den Demonstranten. Ab und zu sind Schüsse zu hören.

Der Provinzgouverneur von Chusestan versuchte die Proteste kleinzureden. „Einige Leute versuchen Aufruhr zu stiften und veröffentlichen gestellte Bilder und Videoaufnahmen, auf denen Massendemonstrationen zu sehen sind“, sagte er. Er forderte die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und sich nicht auf falsche Wege verführen zu lassen.

Präsident Rohani sagte, in diesem Jahr herrsche Wassermangel, weil es zu wenig geregnet habe, 52 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Iran erlebt in diesem Jahr die schwerste Dürre seit 50 Jahren. Die hohen Temperaturen, die im Sommer über 50 Grad klettern, machen das Leben unerträglich. Die Agentur Reuters zitierte einen älteren Demonstranten mit den Worten: „Das Staatsfernsehen sollte berichten, was wir zu sagen haben, und Bilder von den Büffeln zeigen, die wegen Wassermangels verendet sind.“

Am 16. Juli wurde der Tod eines 17-jährigen Jungen gemeldet, der durch Schüsse verletzt worden und danach im Krankenhaus gestorben war. Er hieß Ghassem Chasiri. Er hatte in der Stadt Ahwas mitdemonstriert. Zuvor war der Tod eines 30-jährigen Mannes mit dem Namen Mostafa Naimawi gemeldet worden. Nach bislang unbestätigten Nachrichten soll es einen dritten Toten mit dem Namen Ali Masraeh gegeben haben. Staatstreue Medien versuchten, die Demonstranten für den Tod von Naimawi verantwortlich zu machen. Die Agentur Fars zitierte den Vater Naimawis mit den Worten: „Die Randalierer haben meinen Sohn getötet.“

Der neue Justizchef, Gholamhossein Mohseni Ejechi, kündigte eine Untersuchung der Todesfälle an. „Die Staatsanwaltschaft soll umgehend und ausführlich die Ereignisse untersuchen, auch die Ursachen für die Todesfälle und sonstige Schäden“, sagte er. Damit wurde offiziell bestätigt, dass es bei den Unruhen mehrere Tote gegeben hat.

In Teheran versammelten sich einige Journalisten, ehemalige politische Gefangene und Mütter von hingerichteten Gefangenen vor dem Innenministerium und bekundeten ihre Solidarität mit den Demonstranten in Chusestan. Zu den Teilnehmern gehörte auch die bekannte Menschenrechtlerin Nargess Mohammadi, die selbst bis vor kurzem im Gefängnis war. Ihr Mann berichtete später, dass sie und andere Teilnehmer von Sicherheitsbeamten angegriffen und festgenommen wurden.

Die gegenwärtige Wasserknappheit in Chusestan ist nicht allein der Dürre geschuldet, die in diesem Jahr mehrere Provinzen in Iran heimgesucht hat. Eigentlich besitzt Chusestan ausreichend Wasser, um die Bevölkerung zu versorgen. Doch der willkürliche Bau von Staudämmen und die Umleitung der Flüsse in andere Gegenden haben erheblich zu der

Wasserknappheit beigetragen. Manche Beobachter vermuten, dass die Regierung eine Umsiedlung der arabischsprechenden Bevölkerung anstrebe, um Aktivitäten der Separatisten entgegenzuwirken.

Der Abgeordnete Modschtaba Mahfusi aus der Stadt Abadan klagte im Parlament: „Die Provinz Chusestan ist täglich Zeuge einer neuen Katastrophe. Mal ist es Sandregen, mal Dürre, mal Überschwemmung.“ Er kritisierte die Umleitung des Karum-Stroms und rief: „Habt Erbarmen mit uns. Wenn wir nicht mehr arbeiten können, wenn wir blind werden, werden wir trotzdem weiterleben. Aber Chusestan ist und bleibt das pochende Herz Irans.“

Der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat sich mit den Demonstranten in Chusestan solidarisiert und das brutale Vorgehen der Ordnungs- und Sicherheitskräfte gegen sie scharf kritisiert. „Die Menschen in Chusestan haben zu Recht ihre Stimme erhoben. Doch leider wird in unserem Land jede Forderung der Menschen und jeder friedliche Protest unter dem Einfluss einer korrupten Bande der Sicherheitskräfte gewaltsam unterdrückt“, sagte er. „Mit jeder Welle des Protestes greift die Sicherheitsbande ein und macht zweierlei: Sie führt erstens gewaltsame Auseinandersetzungen herbei, schießt, setzt Objekte in Brand und benutzt dies als Vorwand, um Proteste niederzuschlagen. Zweitens behauptet sie, die Demonstranten stünden mit dem feindlichen Ausland und Konterrevolutionären in Verbindung, was die Niederschlagung legitimieren soll. Damit versucht sie, jede Möglichkeit eines friedlichen Protestes zu verhindern.“ Offenbar hat Ahmadinedschad vergessen, wie brutal die Polizei und Sicherheitskräfte die Massen niederschlugen, die 2009 gegen seine manipulierte Wiederwahl protestierten.

Auch der ehemalige Präsident Mohammad Chatami kritisierte das Vorgehen gegen protestierende Demonstranten: „Politiker, Sicherheitskräfte, Militärs und Polizei haben kein Recht dazu, unter dem Vorwand, gegen Aufruhr zu kämpfen, Waffen gegen friedliche Demonstranten einzusetzen und auf sie zu schießen.“

Die Lage in Chusestan eskaliert, die Demonstrationen, die wegen der starken Hitze erst nach dem Sonnenuntergang stattfinden, dauern weiter an, die Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften werden immer heftiger. Eine Lösung der Probleme ist nicht in Sicht. Die Regierung Rohani tritt in wenigen Tagen ab und die neue Regierung hat noch keine Pläne vorzuweisen.

230 Filmemacher/innen, Schauspieler/innen und Kulturschaffende, unter ihnen die bekannten Regisseure Dschafar Panahi, Masud Kimiai und Mohammad Rasoulof, haben am 21. Juli in einer gemeinsamen Erklärung das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten scharf verurteilt. „Wir solidarisieren uns mit unseren Landsleuten aus Chusestan, die Unrecht, Gewalt und ungleiche Behandlung nicht mehr ertragen wollen. Die Räuber, die die Umwelt und Lebensquellen rauben und plündern und unsere Kultur zerstören, sind nicht legitimiert, Verantwortung zu übernehmen. Sollte dieser Zustand fortgesetzt werden, wird unser Land untergehen“, heißt es in der Erklärung.

Auch der Verband iranischer Schriftsteller verurteilte „die Niederschlagung der Proteste“ und den „Einsatz von Waffen und Tränengas“ und forderte unabhängige Journalisten und sozial Engagierte auf, „keine Zensur zu dulden und die Öffentlichkeit über die Nöte der Menschen und deren gerechte Forderungen zu informieren“.

Erst neun Tage nach Beginn der Proteste in Chusestan äußerte sich Revolutionsführer Ali Chamenei öffentlich zu den Ereignissen. „Die Menschen haben ihre Unzufriedenheit bekundet. Aber ihnen ist nichts vorzuwerfen, denn Wasserknappheit in der Hitze von Chusestan ist keine Kleinigkeit“, sagte er. Zugleich warnte er vor Verschwörungen der Feinde. Man sollte wachsam sein und den Feinden keinen Vorwand liefern.

Obwohl Chamenei Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Geheimdienste ist, äußerte er sich nicht zu den gewaltsamen Angriffen gegen Demonstranten, bei denen inzwischen mindestens acht Personen ums Leben gekommen waren. Und er, der alle Entscheidungen trifft, kritisierte die Lage in Chusestan und sagte, das Leiden der Menschen wäre ausgeblieben, wenn man sich rechtzeitig um die Probleme der Menschen gekümmert hätte. Wie immer in solchen Fällen, versuchte Chamenei, die Schuld auf andere zu schieben.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtete vom Einsatz scharfer Munition. Der „Einsatz von scharfer Munition gegen unbewaffnete Demonstranten, die keine unmittelbare Gefahr für das Leben darstellen, ist entsetzlich“, hieß es in einer Stellungnahme. Bei den Angriffen seien mindestens acht Personen ums Leben gekommen.

Rohani warnte vor einer politischen Eskalation. Die Proteste der Menschen in Chusestan seien zwar legitim, „aber man sollte nicht zulassen, dass Irans Feinde sie politisch ausnutzen“, sagte er am 22. Juli. Insbesondere sollten friedliche Demonstranten nicht erlauben, dass gewaltbereite „Schurken“, die ganz andere Pläne hätten, sie zu Gewalttaten verleiten.

Inzwischen hat es in zahlreichen Städten Demonstrationen und Kundgebungen gegeben, die sich mit den Landsleuten in Chusestan solidarisierten. In der Hauptstadt Teheran skandierten die Demonstranten „Tod Chamenei“, „Tod der Islamischen Republik“.

## **ERSTE STELLUNGNAHME CHAMENEIS ZU DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN**

In einer ersten Stellungnahme zu den Präsidentschaftswahlen würdigte Revolutionsführer Ali Chamenei vor einer Versammlung der hochrangigen Vertreter der Justiz am 28. Juni die Dienste von Ebrahim Raisi als Chef der Justiz: „Das Verhalten von Herrn Raisi entsprach genau unseren wiederholt erklärten Wünschen. Das heißt: kämpferisch, unermüdlich, hoch aktiv, hoch motiviert.“ Die Wahl Raisis zum Präsidenten sei „legendär“ gewesen.

Der Kampf gegen Korruption in der Justiz sei sehr zu begrüßen. Doch manchmal sei das Gerede darüber so laut, dass es für „ehrliche und gottgläubige Richter beleidigend“ sein könnte, warnte Chamenei.

Die Wahlen selbst bezeichnete der Revolutionsführer als „großartig und legendär“: „All die Bemühungen, die offenen Briefe, Erklärungen, Stellungnahmen in den sozialen Netzwerken, die gegen diese Wahlen verbreitet wurden, konnten nichts ausrichten.“ Die „Propagandamaschine der Feinde“ sei in Gang gesetzt worden, um mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Engpässe die Menschen vom Gang zu den Urnen abzuhalten. Auch manche „nebensächlichen Ereignisse“, wie die Auswahl der Kandidaten durch den Wächterratt, seien zum Vorwand genommen worden, um die Wahlbeteiligung so weit wie möglich zu minimieren. „Auch ich könnte vielleicht mit manchen Entscheidungen des Wächterrats nicht einverstanden gewesen sein. Aber der Wächterratt hat seinen religiösen Pflichten gemäß gehandelt“, sagte Chamenei.

Zu der ungewöhnlich hohen Zahl an ungültigen Stimmen sagte Chamenei: „Was bedeutet eine ungültige Stimme? Es bedeutet nicht Ablehnung des Systems. Absolut nicht. Im Gegenteil. Jemand will wählen, stellt aber fest, dass die Person, die er gerne wählen würde, nicht auf der Liste steht. Also, was soll er tun? Er könnte sagen: ‚Dann wähle ich nicht.‘ Aber wenn er bleibt und den Namen seines Wunschkandidaten auf den Stimmzettel schreibt, wird seine Stimme ungültig. Ebenso ist es, wenn er keinen Namen auf den Zettel schreibt. Wie auch immer. Wenn er wählt, zeigt er damit, dass er die Wahlen akzeptiert, das gesamte System akzeptiert.“ Mehr als vier Millionen Stimmen waren ungültig und

mehr als 30 Millionen waren den Wahlurnen ferngeblieben, nach Lesart von Chamenei eine „legendäre Wahl“!

### **RAISI FORDERT LOB FÜR SEINE VERBRECHEN**

Der neue Präsident Ebrahim Raisi veranstaltete drei Tage nach seiner Wahl eine Pressekonferenz, auf der er zu Fragen der Journalistinnen und Journalisten Stellung nahm. Auf die Frage, ob die Tatsache, dass sein Name sowohl in der EU als auch in den USA auf der Sanktionsliste stehe und dass die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ihn wegen seiner Rolle bei den Massenhinrichtungen im Jahr 1988 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen wolle, seine Amtsführung nicht beeinträchtigen könnten, sagte Raisi, er habe damals als Staatsanwalt die Rechte der Bürger verteidigt und bei den Ereignissen von 1988 als Richter gehandelt. Dafür müsse er gelobt werden.

Die Frage wurde ihm von einem Reporter des Senders Al Jazeera auf Englisch gestellt. Bei der Übersetzung wurde „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zensiert und „Massenhinrichtungen“ als „einige Hinrichtungen“ wiedergegeben.

„Ich war als Jurist stets bestrebt, die Menschenrechte einzuhalten“, sagte Raisi. Dann sagte er mit Blick auf den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS), den er als Handlanger Saudi-Arabiens bezeichnete: „Wir befinden uns (bei diesem Kampf) in der Position, die uns berechtigt, Forderungen zu stellen, wir haben das Recht, Menschenrechte zu fordern.“

Auf die Frage, ob er möglicherweise bereit wäre, sich zur Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit dem US-Präsidenten Joe Biden zu treffen, begnügte sich Raisi mit der lapidaren Antwort: „Nein“. Zu dem Atomabkommen und den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der EU sagte er, die USA müssten zu dem Abkommen zurückkehren und die Sanktionen vollständig aufheben. Iran werde dies genau prüfen. Ansonsten sei Iran unter keinen Umständen bereit, über sein Raketenprogramm und seine Rolle in der Region mit den USA zu verhandeln, fügte Raisi hinzu. Er kritisierte die EU-Staaten und warf ihnen vor, den Amerikanern Gefolgschaft geleistet und die Sanktionen unterstützt zu haben.

Raisi sagte weiter, er wolle nicht das Schicksal Irans und dessen Wirtschaft mit dem Atomabkommen verknüpfen. Seine Außenpolitik werde sich nicht allein mit dem Abkommen beschäftigen.

Zu den Beziehungen zu China sagte Raisi, die Vereinbarung über das 25-jährige Abkommen werde umgesetzt. Zu den Beziehungen zu Saudi-Arabien erklärte der neue Präsident, aus iranischer Sicht gebe es keine Hindernisse, um die diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien wieder aufzunehmen.

Wie bereits während des Wahlkampfes angekündigt, sagte Raisi, er wolle die Korruption bekämpfen und werde gleich in den ersten Tagen nach seiner Amtsübernahme am 03. August die nötigen Maßnahmen dazu einleiten. Konkrete Angaben darüber machte er nicht. Zudem werde seine Regierung sich mit aller Kraft für Arbeitsbeschaffung und gegen Wohnungsnot einsetzen und die Produktivität steigern. Wichtige Produkte sollen künftig nicht mehr von Devisen abhängig sein. Durch Steuererleichterungen (von 25 auf 10 Prozent) sollen inländische Produzenten gefördert werden.

Raisi kündigte weiter an, seine Regierung werde dem Volk wieder Hoffnung spenden. Er habe als Unabhängiger für das Amt des Präsidenten kandidiert. Als Präsident stehe er unabhängig von jeder Instanz im Dienst des Volkes. Dementsprechend werde er auch seine Regierung bilden.

Zum Schluss der Pressekonferenz lud Raisi alle Iranerinnen und Iraner im Ausland ein, nach Iran zurückzukehren und dort zu investieren. Für Investitionen gebe es ausreichend Sicherheit, betonte Raisi. Wie er mit den zahlreichen Doppelstaatlern, die sich in iranischer Haft befinden, umgehen wolle, sagte er nicht.

Es gab zahlreiche Kommentare zu dem ersten Auftritt Raisis vor der Presse. Viel Lob bekam er von seinen Anhängern für seine „klare und konsequente Haltung“ gegen den amerikanischen Präsidenten. Seine eindeutige Ablehnung, ihn zu treffen, zeuge von seiner Entschlossenheit, den Weg der Revolution fortzusetzen, hieß es in den staatstreuen Medien.

Die Gegner, von denen sich einige auf Clubhouse äußerten, warfen Raisi vor, Iranerinnen und Iraner im Ausland aufzufordern, in Iran zu investieren, ohne zu fragen, warum diese das Land verlassen hätten. Die meisten Kritiken richteten sich gegen Raisis Stellungnahme zu den Massensmorden, für die er mitverantwortlich gewesen war. Zudem habe er sich nicht zu der Frage geäußert, wie er mit den Sanktionen gegen seine Person und mit der Anklage, die Amnesty International gegen ihn vorbereitet, umgehen werde. Oder wie er ohne Staatsbesuche im westlichen Ausland seine Außenpolitik zu gestalten gedenke.

### **EJEHI ZUM NEUEN JUSTIZCHEF ERNANNT**

Revolutionsführer Ali Chamenei ernannte am 1. Juli Gholamhossein Mohseni Ejehi zum neuen Justizchef. Ejehi war zuletzt Stellvertreter des bisherigen Justizchefs Ebrahim Raisi, der zum neuen Präsidenten gewählt wurde. In dem Ernennungsschreiben, das auf der Website Chameneis veröffentlicht wurde, heißt es, Ejehi solle mit „Entschlossenheit“ die Korruption bekämpfen, „für Gerechtigkeit sorgen, legitime Freiheiten gewährleisten, die ordnungsgemäße Umsetzung von Gesetzen sicherstellen und Kriminalität verhindern“.

Ejehi gehört zu den Schlüsselfiguren der Justiz und der Sicherheitsdienste der Islamischen Republik. Er war in zahlreiche Affären verwickelt. Er steht genauso wie Raisi wegen eklatanter Verletzungen der Menschenrechte auf der Sanktionsliste sowohl der USA als auch der EU. Er kommt wie sein Vorgänger aus der Haghani-Schule, einer erzkonservativen religiösen Anstalt, deren Absolventen zumeist hohe Ämter im Bereich der Justiz und Sicherheit bekleiden und eine wichtige Stütze der herrschenden Macht bilden.

Ejehi begann nach der Revolution seine Karriere in dem neu gegründeten Geheimdienstministerium. Dort war er als Untersuchungsbeamter zuständig für Verhöre von politischen Gefangenen. Zugleich war er als Staatsanwalt beim Sondergericht für Geistliche tätig. Hier wie dort ging er nicht nur gegen Oppositionelle vor, die außerhalb des politischen Systems standen, sondern vor allem auch gegen jene, die innerhalb des Systems für Reformen eintraten.

Der Name Ejehis steht auch im Zusammenhang mit den sogenannten Kettenmorden, bei denen Anfang 2000 eine Reihe von Schriftstellern, Journalisten und Dissidenten ermordet wurden. Ejehi ist auch für die Gefängnisurteile gegen die Teilnehmer an der von der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2000 veranstalteten Berliner Iran-Konferenz mitverantwortlich.

Mit der Machtübernahme von Präsident Mahmud Ahmadinedschad wurde Ejehi Geheimdienstminister, er wurde aber nach zwei Jahren wegen Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten entlassen. Fast unmittelbar danach wurde er zum Generalstaatsanwalt und Sprecher der Justiz ernannt. Zuletzt war Ejehi Stellvertreter des Justizchefs.

Zu bemerken ist, dass der Justizchef, anders als der Justizminister, nicht vom Präsidenten, sondern vom Revolutionsführer ernannt wird und nicht dem Parlament, sondern nur ihm gegenüber verantwortlich ist.

Bei seiner Amtseinführung am 5. Juli erklärte Ejechi, er werde „legitime Freiheiten mehr als zuvor verteidigen“ und „jede Einmischung in die Privatsphäre“ der Bürgerinnen und Bürger verhindern. „Ich begrüße berechtigte und faire Kritik in den Medien sowie durch Sachverständige und fordere diese auf, uns zu unterstützen“, sagte er weiter. Die Justiz müsse unschuldig und sauber bleiben, denn „jeder Flecken bei der Justiz wird sofort sichtbar.“

Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf, der bei der Veranstaltung anwesend war, erklärte: „Wir sind verpflichtet, zu beweisen, dass der Islam in der Lage ist, die Gesellschaft zu führen. Die Menschen sind nicht mehr bereit, Vorwände zu akzeptieren. Wir haben eine schwere Last zu tragen. Wir sind dem Volk, Gott und dem Revolutionsführer gegenüber verantwortlich.“

Auch Raisi, der ebenfalls an der Veranstaltung teilgenommen hatte, sagte, er hoffe, die Entwicklung des Landes werde durch die enge Zusammenarbeit der drei Gewalten rasch voranschreiten. Ejechi sei ein „Mann mit revolutionärer Gesinnung“, er habe stets an den Grundsätzen der Revolution festgehalten.

Der Chefsekretär des Revolutionsführers, Mohammad Mohammadi Golpayegani, sagte: „Ejechi zu loben, ist wie Eulen nach Athen tragen.“ Um ihn zu charakterisieren, beschrieb er einen Vorfall: „Ich saß mit ihm im Sekretariat des Revolutionsführers und redete mit einem Mann, der eine Straftat begangen hatte. Als dieser Mann den Raum verließ, sagte Ejechi, der keine Rücksichtnahme kennt: ‚Wenn Sie nicht dabei gewesen wären, hätte ich den Mann zusammengeschlagen‘.“ Ejechi sei konsequent, kenne kein Erbarmen.

## **PROTESTE WEGEN LANDESWEITER STROMAUSFÄLLE**

Seit Wochen mehren sich Stromausfälle im gesamten Land. In der Hauptstadt Teheran sowie in anderen Städten fällt der Strom ohne Vorankündigung manchmal mehrmals am Tag aus. Betroffen sind nicht nur Privathäuser, sondern auch Arztpraxen und Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen. Die Menschen sind verzweifelt, protestieren auf den Straßen, fordern den Rücktritt des Energieministers. Sie können nicht begreifen, dass es in einem Land, in dem reichlich Öl und Gas vorhanden ist, die Stromversorgung nicht funktioniert. Die Regierung verweist auf die sommerlich hohen Temperaturen, die den Stromverbrauch erheblich steigern. Doch das Argument ist nicht einleuchtend. Denn Stromausfälle in diesem Ausmaß hat es in den vergangenen Jahren nie gegeben.

Fest steht, dass in diesem Jahr der Bedarf an Strom im Vergleich zu den Vorjahren erheblich gestiegen ist. Schuld daran sind nicht die Sommerhitze und der damit verbundene höhere Stromverbrauch. Es sind, wie es sich inzwischen herausgestellt hat, die zahlreichen angeblich illegal gegründeten Werke, in denen die Kryptowährung Bitcoin geschürft wird. Der Stromverbrauch dieser Werke ist enorm, mehr als der Verbrauch eines ganzen Landes wie Pakistan oder Schweden. Es wird vermutet, dass der iranische Staat Bitcoin als ein Zahlungsmittel benutzt, um die US-Sanktionen zu umgehen. Wie viel Strom diese Werke genau verbrauchen, ist offiziell nicht bekannt. So gut wie sicher ist aber, dass sie zumindest zu einem erheblichen Teil die Stromausfälle mitverursachen.

Da nun viele auf diese Werke aufmerksam geworden sind, kündigte die Regierung an, dagegen vorzugehen. Sie sollen laut Präsident Hassan Rohani bis Ende September verboten werden. Zudem wurde eine Kommission bestehend aus den Ministern für Energie, Industrie, Bergbau und Handel und Ölindustrie gebildet, die sich um die

Stromversorgung kümmern soll. Allerdings wird mit dem Regierungswechsel im August vermutlich auch diese Kommission ihre Arbeit beenden müssen. Rohani erklärte, die Stromausfälle würden noch eine Weile dauern. Er entschuldigte sich bei der Bevölkerung. Die „Krise“ sei entstanden, weil die notwendigen Investitionen in der Infrastruktur nicht getätigt worden seien. „Ohne Kapital und mit leeren Händen kann man nichts tun. Alles andere sind leere Parolen“, sagte der Präsident mit Blick auf US-Sanktionen. Allerdings fügte er hinzu, es gebe auch in den USA und China Stromausfälle. Ironisch sagte er: „Da es bald eine Einheit der drei Gewalten geben wird, werden alle Probleme gelöst werden.“ Unter dem Druck massiver Kritik versucht die Regierung, den Strom für die Industrie um zehn Prozent zu reduzieren. Energieminister Resa Ardakanian, der am 7. Juli dem Energieausschuss im Parlament Bericht erstattete, versuchte die Stromausfälle mit der Existenz illegaler Bitcoin-Zentren zu begründen. „An 3.600 Orten wird illegal Bitcoin produziert mit einem Stromverbrauch von 570 Megawatt“, sagte er.

Der Chef der Teheraner Polizei, Hassan Rahimi, erklärte in einem Interview mit der Agentur Isna, er habe gemeinsam mit dem Energieministerium einen Plan zum Kampf gegen die Bitcoin-Produktion entworfen. Die Polizei werde gegen jede illegale Produktion hart vorgehen, sagte er. In den vergangenen Tagen seien 70 Produktionsstätten entdeckt worden.

In den sozialen Netzwerken werden täglich Videoaufnahmen zum Stromausfall veröffentlicht: Aufnahmen von Krankenhäusern, die ihre Patienten nicht behandeln können, Menschen, die in Aufzügen steckengeblieben sind, alten Frauen und Männern, die keine Kraft haben, ihre Wohnungen in oberen Stockwerken zu erreichen, verdorbene Nahrungsmittel und dergleichen mehr. Wie lange dieser Zustand andauern wird, ist völlig ungewiss. Die Regierung befürchtet, dass die Proteste sich weiter ausweiten werden.

## **DIE EPIDEMIE VERBREITET SICH WEITER**

Ende Juni ließ sich, wie im Fernsehen zu sehen war, auch der Revolutionsführer impfen, angeblich mit dem in Iran produzierten Impfstoff „Barekat“ (Segen). Es sei kein Problem, neben dem iranischen auch ausländische Impfstoffe zu benutzen, sagte er. „Aber wir müssen den iranischen Impfstoff wertschätzen.“ Er selbst habe mit dem Impfen gewartet, bis der heimische Impfstoff frei gegeben wurde.

Anfang Juli warnte Atefeh Abedini, Sekretärin des „Wissenschaftlichen Komitees Covid-19“: „Wir könnten bereits im August Zeugen einer fünften Corona-Welle sein. Die Epidemie schreitet langsam voran und erobert eine Stadt nach der anderen.“

Die Regierung hat keine klare Strategie, die Vorschriften werden oft missachtet und es herrscht Mangel an Impfstoffen, selbst chinesische und russische Impfstoffe sind schwer zu bekommen. Nader Tawakoli, Mitglied der nationalen Corona-Zentrale, sagte am 30. Juni, die Delta-Variante mache ihm große Sorgen. „Wir sind deswegen schon seit einer Woche in der fünften Corona-Welle, die demnächst die Anzahl der Toten und Neuinfektionen in die Höhe treiben könnte.“

Anfang Juli schlugen die Verantwortlichen in Sistan und Belutschistan Alarm. Die Provinzen befänden sich bereits in einer Katastrophe, hieß es. Die Kapazitäten der meisten Krankenhäuser seien erschöpft. Den Angaben des Gesundheitsamtes in der Provinzhauptstadt Sahedan zufolge gab es am 30. Juni allein in den beiden Provinzen 1.170 Neuinfizierte und 19 Tote. Insgesamt gab es bis zu diesem Datum allein in den beiden Provinzen 53.586 Infizierte und 1.563 Tote.

Auch Präsident Hassan Rohani erklärte am 3. Juli: „Es ist zu befürchten, dass wir uns auf dem Weg zu einer fünften Welle befinden.“ Am 4. Juli ordnete die Regierung für weite Teile des Landes, darunter für die Hauptstadt Teheran, strengere Beschränkungen an. Alle

Geschäfte, die nicht für die Grundversorgung nötig waren, mussten schließen. Reisen in Städte mit hohen Infektionszahlen wurden untersagt. Anfang Juli waren weniger als zwei Prozent der 84 Millionen Bewohner des Landes vollständig geimpft.

Der Verband der Einzelhändler kritisierte die neuen Maßnahmen. „Die Not der Einzelhändler und ihrer Familien ist so groß, dass eine weitere Schließung nicht mehr möglich ist“, schrieb Verbandschef Ghassem Farahani an den Teheraner Provinzgouverneur Mohssen Bandpey. Es könnte sein, dass viele sich weigern würden, die Maßnahmen zu befolgen, was in sozialen Unruhen münden könnte, drohte er.

Einem Bericht der Nachrichtenagentur Isna zufolge machten sich Tausende Iranerinnen und Iraner per Flugzeug, Bahn oder Bus oder in ihren Privatautos auf den Weg nach Armenien, um sich dort gratis impfen zu lassen, nachdem die armenische Regierung zuvor bekanntgegeben hatte, dass auch Touristen und Geschäftsreisende sich gratis impfen lassen könnten. Den Angaben der Reisegesellschaften zufolge sind Flüge und Busfahrten nach Armenien für mehrere Wochen ausgebucht. Dieser Umstand veranlasste viele Userinnen und User der sozialen Netzwerke zu Kritik. Es sei eine Schande, dass Iran nicht in der Lage sei, die eigene Bevölkerung mit Impfstoffen zu versorgen.

Der armenische Botschafter in Teheran erklärte am 7. Juli, ab 15. Juli könnten sich nur Personen in Armenien gratis impfen lassen, die sich mindestens 15 Tage in dem Land aufhalten würden. Der Sprecher des Zollamts gab bekannt, dass seit Mitte Juni 2.326 Personen die Grenze nach Armenien passiert hätten.

Gesundheitsminister Said Namaki sagte am 9. Juli: „Ab morgen werden wir mit täglich 400.000 Dosen eine neue Impfkampagne starten.“ Doch Namakis Angaben sind inzwischen völlig unglaubwürdig, weil er zu oft falsche Angaben gemacht hat. Zum Beispiel hatte er behauptet, in Sistan und Belutschistan seien mehr als 500 Krankbetten frei. Er warf den örtlichen Behörden und Ärzten, die von einer Katastrophe sprachen, „Schwarzmalerei“ vor.

Auch Rohani kündigte am 10. Juli an, die Regierung sei nun in der Lage, täglich eine halbe Million Menschen zu impfen, obwohl laut Corona-Stab die Zahl der täglichen Impfungen bei weniger als 50.000 lag. Die Schlangen an der Grenze nach Armenien wurden immer länger. Laut Zollamt hatten am 10. Juli allein innerhalb von 48 Stunden 1.800 Personen die Grenze passiert.

Einige Ärzte berichteten in den sozialen Netzwerken, ihnen sei untersagt worden, sich öffentlich über die Lage in den Krankenhäusern zu äußern. Said Mehrpur, Chef des Teheraner Schariati-Krankenhauses schrieb auf Instagram: „Ach, hätten wir doch die Menschen nicht zum Schweigen gezwungen, uns nicht mit Parolen begnügt, bessere Beziehungen zu anderen Staaten gehabt, demütig und dankbar von anderen Ländern Impfstoff gekauft, hätten wir doch nicht die Rolle eines Helden in der Welt spielen wollen, es ist höchste Zeit, wenn es nicht schon zu spät ist.“

Mitte Juli befanden sich 143 Städte in der roten und 119 Städte in der orangen Zone. Am 19. Juli wurde die Zahl der Toten innerhalb von 24 Stunden mit 213 Personen angegeben. Die Zahl der Infizierten lag bei 25.441, von denen 2.740 stationär behandelt werden mussten. Die Regierung ordnete an, dass eine Woche lang kein Auto mit einem Teheraner Nummernschild die Stadt verlassen und kein Auto mit anderen Nummernschildern in die Stadt fahren dürfte. Geschäfte, Marktplätze, Behörden wurden geschlossen. Das galt auch für Restaurants, Kinos, Theater, Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen.

---

## KULTUR

---

Farhadi Gewinner des „Grand Prix“ in Cannes / Iranerin erhielt den diesjährigen Bachmann-Preis

---

### FARHADI GEWINNER DES „GRAND PRIX“ IN CANNES

Der iranische Filmemacher und zweifache Oscar-Gewinner Asghar Farhadi wurde beim diesjährigen Filmfestival in Cannes für seinen Film „A Hero“ mit dem „Grand Prix“ ausgezeichnet. Drehbuch und Regie wurden von Farhadi selbst geschrieben beziehungsweise geführt. Gedreht wurde der Film in der im Süden Irans gelegenen Stadt Schiras. Die Hauptfigur in dem zwei Stunden und sieben Minuten dauernden Film ist ein Mann namens Rahim, der im Gefängnis sitzt, weil er seine Schulden nicht zurückzahlen kann. Während eines Hafturlaubs findet seine Freundin einen Beutel mit Goldmünzen. Sie versucht die Münzen zu verkaufen, um Rahims Schulden zu begleichen, stellt jedoch fest, dass der Verkauf dafür nicht genug einbringt. Die beiden beschließen, die Besitzerin zu suchen und ihr die Münzen zurückzugeben. Das Gefängnis erfährt diese „große Tat“. Das Fernsehen wird benachrichtigt und Rahim wird als Held gefeiert. Doch es dauert nicht lange bis Rahims Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird. Es geht in dem Film um Moral, um Heldentum, um die Frage, ob jemand, der „das Richtige“ und „Selbstverständliche“ tut, als „Held“ gefeiert werden kann.

Im Gegensatz zu einigen Filmemachern in Iran, die wegen ihrer kritischen Filme Dreh- und Ausreiseverbot haben, hat Farhadi keine Probleme mit seiner Arbeit in Iran. Seine Filme sind gesellschaftskritisch, aber die Kritik ist so allgemein, dass man sie auf viele Länder beziehen könnte. Auch hat Farhadi nie wie andere Filmemacher direkt und fundamental das Regime kritisiert. Zudem hat der Umstand, dass sowohl die Haupt- als auch eine Nebenrolle von Schauspielern gespielt werden, die mit dem Regime zusammenarbeiten, dem Regisseur viel Kritik eingebracht. Als er auf seiner Pressekonferenz nach diesen Schauspielern gefragt wurde, sagte Farhadi, er wähle Schauspieler aus, die ihm für eine besondere Rolle geeignet erscheinen: „Ich schaue mir nicht ihre Reisepässe an, will nicht wissen, wie sie leben, was tun, in welchen Filmen sie gespielt haben. Ich lasse jeden, der mit mir zusammenarbeitet, leben, wie er will. Möglicherweise denkt er anders als ich. Wir lehnen Extremismus ab, sollten aber auch darauf achten, nicht selbst extrem vorzugehen.“

Dem widersprach der bekannte Filmemacher Mohammad Rasoulof. „Wenn unsere berufliche Identität dazu führt, dass wir unsere notwendigen, menschlichen Sensibilitäten ignorieren, verwandeln wir uns in einen funktionierenden Gegenstand“, sagte er. „Mit der Aussage: ‚Schauspieler ist Schauspieler‘ verbreiten wir die Verdinglichung des Berufs. Lieber Asghar Farhadi, mit diesem Argument könnte man auch Eichmann als einen Befehlsempfänger bezeichnen, der nur seine Pflichten erfüllte.“

Diese harte Stellungnahme Rasulofs spaltete die Geister. Manche lobten ihn für seine offene Kritik und pflichteten ihm bei. Andere warfen ihm vor, selbst in seinen eigenen Filmen Schauspieler eingesetzt zu haben, die dem Regime nahestehen. Zudem löste der Vergleich mit Eichmann Empörung aus. Das sei völlig unakzeptabel, schrieb einer. Es sei das Recht eines Künstlers, sich politisch zu engagieren oder auch nicht. Es sei unzulässig, die Werke eines Künstlers an seinem politischen Engagement zu messen.

Allerdings versuchte Rasoulof in einem Interview mit der BBC und auf Clubhouse, seine Worte zu entschärfen. „Vielleicht habe ich bei der Auswahl meiner Worte einen Fehler gemacht“, sagte er.

## IRANERIN ERHIELT DEN DIESJÄHRIGEN BACHMANN-PREIS

Die in Iran geborene Autorin Nava Ebrahimi erhielt für ihren Text „Der Cousin“ den diesjährigen Ingeborg-Bachmann-Preis. Sie wurde 1978 in Teheran geboren und besuchte in Köln die Journalistenschule. Hier studierte sie auch Volkswirtschaftslehre, war eine Zeit lang Nahost-Referentin für die Bundesagentur für Außenwirtschaft und Redakteurin bei der Financial Times Deutschland. 2012 zog sie nach Österreich und lebt seitdem mit ihrer Familie in Graz.

Für ihre literarische Arbeit bekam Ebrahimi mehrere Auszeichnungen. Ihr erster Roman „Sechzehn Wörter“ wurde 2017 mit dem mit 10.000 Euro dotierten Österreichischen Buchpreis ausgezeichnet. Ihr zweiter Roman „Das Paradies meines Nachbarn“ stand im Mai und Juni 2020 auf der ORF-Bestenliste.

Ihr Text „Der Cousin“, mit dem sie den Ingeborg-Bachmann-Preis gewann, handelt von der Flucht einer Mutter mit ihrem Sohn. Ihr Ziel ist Kanada. Sie werden aber in Thailand in Haft genommen. Der Sohn ist schwul. Er trifft später seine Cousine in New York. Er ist Tänzer, sie eine Schriftstellerin aus Europa. Die Begegnung findet in einem leeren Theater statt. Beide stammen aus einem Land, in dem ihr Großvater die Pistazie kultiviert hat. Sie erzählen, was ihnen jeweils im Leben widerfahren ist. Er tanzt sein Leben nach, sie liest aus ihrem Roman. Damit gelingt ihnen, das Unsagbare zu sagen.

Im Sender Deutschlandfunk Kultur sagte die Autorin: „Wenn man als Migrant in eine neue Gesellschaft kommt, ist man erst einmal relativ sprachlos und nur in der Rolle des Beobachters und muss erst einmal eine Form finden, die eigene Geschichte zu erzählen. Und vielen gelingt das niemals. Sie bleiben ein Leben lang sprachlos und ein Stück weit unsichtbar. Aber das hat auch die Jury ganz schön herausgearbeitet: Kunst und Kultur sind ein möglicher Weg, diese Sprachlosigkeit zu überwinden.“

---

## WIRTSCHAFT

---

Atomverhandlungen vorerst ausgesetzt / Arbeiterstreiks in zahlreichen Städten / Lage der Wirtschaft im vergangenen Jahr

---

## ATOMVERHANDLUNGEN VORERST AUSGESETZT

Die in Wien laufenden Verhandlungen über das iranische Atomprogramm wurden nach den Präsidentschaftswahlen in Iran ausgesetzt. Es soll erst die Amtsübernahme der neuen Regierung in Teheran abgewartet werden.

Noch Ende Juni hatte Präsident Hassan Rohani gesagt: „Wenn (Abbas) Araghtschi (Irans Verhandlungsführer bei den Wiener Gesprächen) alleine entscheiden könnte, könnten wir gleich heute die Verhandlungen erfolgreich abschließen und die Sanktionen aufheben.“ Damit deutete er an, dass die Ultras einen Erfolg seiner Regierung verhinderten. Weiter sagte er: „Wir haben die mühsame Arbeit zu Ende gebracht. Nun gibt es nur einige Hürden, über die ich jetzt nicht reden möchte.“

Indes meldete der israelische Außenminister Jair Lapid bei seinem ersten Treffen mit US-Außenminister Antony Blinken in Rom starke Bedenken über die Wiederaufnahme der Gespräche mit Iran. „Israel hat einige ernsthafte Vorbehalte gegen das Iran-Atomabkommen“, sagte er am 27. Juni und fügte hinzu, unter Verbündeten sollte man Einzelheiten nicht auf Pressekonferenzen äußern. Blinken stimmte Lapid zu und sagte: „Wir haben die gleichen Ziele. Manchmal unterscheiden wir uns in der Taktik.“

Am 30. Juni forderte UN-Generalsekretär Antonio Guterres den amerikanischen Präsidenten Joe Biden auf, auf die unter Präsident Donald Trump gegen Iran verhängten Sanktionen zu verzichten. Demgegenüber solle Iran zur vollständigen Umsetzung des Atomabkommens zurückkehren. Die beste Garantie dafür, dass Irans Atomprogramm friedlich bleibe, sei die vollständige Wiederherstellung des Abkommens von 2015.

Nach den Präsidentschaftswahlen in Iran forderte Bundesaußenminister Heiko Maas den neu gewählten iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi auf, das Atomabkommen einzuhalten, zumal auch die USA sich bereit erklärt hätten, die von Präsident Trump verhängten Sanktionen zurückzunehmen. Allerdings betonte Maas, dass bei den Verhandlungen auch die Aktivitäten Irans in der Region und das iranische Raketenprogramm zur Debatte stünden. Demgegenüber kritisierte der russische Außenminister Sergej Lawrow, der Westen wolle Iran zu Verpflichtungen zwingen, die mit dem Atomprogramm nichts zu tun hätten.

Am 7. Juli berichtete die Internationale Atombehörde IAEA, Iran habe die Anreicherung von Uranmetall bis zu einem Reinheitsgrad von 20 Prozent angekündigt, was von den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien scharf kritisiert wurde. Die drei europäischen Staaten warfen Iran in einer gemeinsamen Erklärung einen ernsthaften Verstoß gegen das Abkommen vor. Iran habe keinen glaubhaften Bedarf an Uranmetall, um die Atomkraft für zivile Zwecke zu nutzen. Ähnlich lautete eine Stellungnahme der USA.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte bei seinem Besuch in Israel in einem Interview mit der Zeitung Haaretz, die Sorgen Israels über die Drohungen aus Iran seien nachvollziehbar. Iran dürfe unter keinen Umständen in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Er forderte zugleich eine Einschränkung iranischer Aktivitäten in der Region und des iranischen Raketenprogramms. Es könne sein, dass „wir über den besten Weg zur Erlangung dieser Ziele nicht immer einer Meinung sind.“ Er glaube jedenfalls, dass das Atomabkommen der beste Weg sei, um eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern, sagte Steinmeier.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif erklärte kurz vor seinem Abgang in einem Bericht an das iranische Parlament: „Hätten wir nicht darüber gestritten, ob das Abkommen ein großer Erfolg oder eine verheerende Niederlage gewesen sei – es war gewiss weder das eine noch das andere – und hätten wir uns gemeinsam bemüht, die besten Vorteile aus dem Abkommen zu ziehen, dann wären wir heute nicht in dieser misslichen Lage. Hätten wir versucht, sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten Übereinstimmung zu erzielen und hätten wir alle Angebote, auch die der amerikanischen Unternehmer, zum Vorteil unserer wirtschaftlichen Entwicklung angenommen, hätten die mit uns befreundeten Staaten uns in der Notlage nicht alleine gelassen. Dann hätte auch Trump mit Blick auf die Interessen großer Konzerne es nicht gewagt, Sanktionen gegen uns zu verhängen“, schrieb Sarif in seinem Bericht an das Parlament. Er appellierte an die neue Regierung, das Abkommen von 2015 einzuhalten. „Dies könnte in der neuen politischen Ära zu einem enormen Aufschwung im Land führen, wovon auch künftige Generationen profitieren würden.“

Auch Präsident Rohani äußerte sein Bedauern über die verpasste Chance. „Ich bedauere sehr, dass der Regierung Steine in den Weg gelegt wurden und somit die Chance auf eine frühzeitige Einigung in den Atomverhandlungen regelrecht vertan wurde“, sagte er am 14. Juli auf einer Kabinettsitzung. „Uns wurde ein Erfolg nicht gegönnt, aber wir hoffen, dass zumindest die nächste Regierung die Chance wahrnehmen wird und im Sinne nationaler Interessen eine Einigung erzielt.“

## ARBEITERSTREIKS IN ZAHLREICHEN STÄDTEN

Die Streiks der Arbeiter der Öl- und petrochemischen Industrie, die zunächst in Teheran begonnen hatten, weiteten sich auf andere Städte aus. Laut Berichten der Teilnehmer wurden allein in Teheran 700 streikende Arbeiter entlassen. Ein Arbeiter sagte in einem Videobericht, der in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurde: „Wir haben für höhere Löhne gestreikt, doch statt mit uns zu verhandeln, wurden wir entlassen.“ Die Massenentlassung war wohl auch ein zusätzlicher Grund für Arbeiter aus anderen Städten, sich dem Streik ihrer Kolleginnen und Kollegen in Teheran anzuschließen. In dem petrochemischen Werk in Damawand, in dem Hafen Maschahr, der Raffinerie in Abadan, der Raffinerie in Isfahan und in anderen Städten gingen protestierende Arbeiter auf die Straße.

Der Koordinationsrat der Streiks der Arbeiter mit befristeten Verträgen erklärte: „Unser Streik ist eine Warnung. Er wird eine Woche dauern. Dann werden wir uns den anderen Kollegen anschließen.“

Es ist nach dem vergangenen Sommer der zweite weitverbreitete Streik der Arbeiter der Öl- und petrochemischen Industrie. Der Streik in diesen Branchen wird von der Politik besonders ernst genommen, denn die Öl- und chemische Industrie bilden die Hauptsäulen der iranischen Wirtschaft.

Der Abgeordnete Fereidun Hasnuwand, Vorsitzender des Energieausschusses im Islamischen Parlament, erklärte in einem Interview mit der Agentur Fars, er habe eine Sondersitzung des Ausschusses angekündigt, an der auch Vertreter des Energieministeriums teilnehmen werden.

Im Südwesten Irans, wo die Öl- und petrochemische Industrie am stärksten konzentriert ist, gingen neben den Arbeitern und Arbeiterinnen mit befristeten Verträgen oder jenen, die in der Zulieferindustrie tätig sind, auch mehrere Tausend Arbeiter mit unbefristeten Verträgen auf die Straße. Meysam Almehti, ein Aktivist der Stahlindustrie der Stadt Ahwas sagte im Clubhouse: „Dieser Zusammenschluss ist ein ganz neues Phänomen, das den Forderungen der Arbeiter starken Nachdruck verleihen wird.“

Die Arbeiter fordern mehr Lohn, mehr freie Tage, Sicherheit am Arbeitsplatz und bessere hygienische Verhältnisse. Gerade die Besserung der hygienischen Verhältnisse wurde angesichts der Corona-Epidemie mit großem Nachdruck verlangt.

Ein Arbeiter sagte dem Nachrichtenportal Ruydad 24: „Das Maß ist voll. Das Verhältnis zwischen unseren Einkommen und unseren Ausgaben stimmt längst nicht mehr. Wir brechen unter den Lasten der Lebenskosten zusammen.“

Die mit Korruption verbundene Privatisierung staatlicher Betriebe, die kurzfristigen Arbeitsverträge, das Fehlen von Sicherheitsmaßnahmen, das zu zahlreichen Todesfällen in den Fabriken geführt hat, und die niedrigen Löhne, die zudem monatelang ausfallen, sind die eigentlichen Gründe für die Proteste.

Der Koordinationsrat erklärte: „Nicht nur wir fordern höhere Löhne. Andere Arbeiter, Lehrer, Rentner und weitere Lohnabhängige fordern mehr Geld und teilen auch unsere weiteren Forderungen. Daher gehen wir davon aus, dass unsere Forderungen breite Unterstützung finden werden.“

Ein streikender Arbeiter sagte: „Meine Kollegen und ich haben dasselbe Schicksal. Wir sind erschöpft, resigniert, leiden unter Hunger, arbeiten unter unerträglichen Bedingungen, leiden unter der Hitze (fast 50 Grad), fern von unseren Familien. Das Schlimmste ist, dass wir uns ständig in Lebensgefahr befinden. Für all dies bekommen wir einen viel zu geringen Lohn. Jetzt haben wir beschlossen, die Arbeit niederzulegen, damit jene, die

verantwortlich sind und durch unsere Arbeit große Summen kassieren, wissen, dass sie ohne uns mit leeren Händen dastehen.“

Der Streik der Arbeiter wurde vom „Alternativen gewerkschaftlichen Netzwerk für Solidarität und Kampf“ unterstützt.

Vizepräsident Eshagh Dschahangiri sagte nach einer Kabinettsitzung am 30. Juni, die Regierung habe Beschlüsse gefasst, die die Probleme der „offiziell vom Ölministerium Beschäftigten sowie Beschäftigten in der Ölindustrie weitgehend“ lösen werden. Um die Probleme der befristet Beschäftigten und Tagelöhner werde sich das Sozialministerium kümmern.

Auch Präsident Hassan Rohani versprach, die Probleme der Beschäftigten sobald wie möglich zu lösen. Er betonte, dass die Streiks der Arbeiter die Produktion, Verteilung und den Export des Öls nicht beeinträchtigt hätten. Was „die antiiranische Propagandamaschine“ verbreite, sei „unwahr und falsch“.

### LAGE DER WIRTSCHAFT IM VERGANGENEN JAHR

Laut dem jüngsten saisonalen Bericht des Zentrums für Statistik, der Ende Juni veröffentlicht wurde, wuchs das Bruttosozialprodukt im letzten Quartal des vergangenen Jahres (das persische Jahr beginnt am 21. März) insgesamt um 6,8 Prozent mit und um 3,3 Prozent ohne Ölproduktion. Demgegenüber bezifferte der Internationale Währungsfonds das Wachstum der iranischen Wirtschaft im Jahr 2020 mit 1,5 Prozent. Für das Jahr 2021 wird ein Wachstum von 2,5 Prozent vorhergesagt.

Im vergangenen Jahr verzeichnete Iran wie andere Staaten infolge der Corona-Pandemie einen starken Rückgang der Produktivität in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft. Laut dem Zentrum für Statistik lag die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei 36,4 Prozent. Die höchste Inflationsrate, die das Land erlebte, wurde im Jahr 1995 registriert. Sie lag damals bei 49,4 Prozent.

Nach dem Atomabkommen 2015 und der Aufhebung der Sanktionen gegen Iran gelang es der Regierung von Hassan Rohani, die Inflationsrate erheblich zu reduzieren. Doch nach dem Austritt der USA aus dem Abkommen und der Wiederaufnahme von Sanktionen kletterte sie wieder hoch.

Im vergangenen Winter lag die Arbeitslosigkeit offiziellen Angaben zufolge bei 9,7 Prozent, was im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Zunahme darstellte.

---

### AUSSENPOLITIK

---

Reaktionen auf Raisis Wahlsieg / Ehemaliger Geheimdienstchef warnt vor Einfluss des Mossad / Iran und die Taliban / Gespräche mit den USA über Gefangenenaustausch / Dschahangiri: Alle haben uns allein gelassen / Entführung einer Journalistin aus den USA gescheitert / Schließung des Islamischen Zentrums in Hamburg gefordert

---

### REAKTIONEN AUF RAISIS WAHLSIEG

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, vermied eine direkte Stellungnahme zu Raisis Vergangenheit. Auf die Frage, wie die USA mit Raisis Vergangenheit als Verantwortlicher für Massenmorde umgehen würden, sagte sie: „Selbstverständlich muss der neue Präsident für die Menschenrechte verantwortlich sein.“ Sie forderte Iran auf, unabhängig davon, wer Präsident des Landes sei, die politischen Gefangenen

freizulassen, die Rechte der Menschen zu achten und die bürgerlichen Freiheiten zu akzeptieren.

Zu den derzeit laufenden Verhandlungen über das Atomabkommen in Wien sagte Psaki, Washington erwarte keine Veränderung der iranischen Außen- und Atompolitik. Denn die eigentliche Entscheidung in diesen Bereichen liege beim Revolutionsführer und da habe es ja keinen Wechsel gegeben. Ali Chamenei werde auch nach Raisis Amtsübernahme den außenpolitischen Kurs Irans bestimmen.

Einer der anwesenden Journalisten fragte, ob es nicht möglich wäre, dass eine mögliche Vereinbarung zwischen den Regierungen in Washington und Teheran vom US-Kongress abgelehnt werde. „Wir sind erst einmal bemüht, mit Iran ein Abkommen zu vereinbaren“, sagte Psaki. „Über eine spätere Stellungnahme des Kongresses machen wir uns noch keine Gedanken.“ Mit Blick auf zahlreiche Abgeordnete, die gegen eine Aufhebung der Sanktionen gegen Iran Stellung genommen haben, sagte Psaki, Iran sei in verschiedenen Bereichen in der Welt „kein guter Spieler“. Sie verwies auf die Lage der Menschenrechte in Iran und auf die Rolle Irans in der Region, fügte aber hinzu: „Für die USA ist in erster Linie wichtig, zu wissen, welche Fähigkeiten Iran besitzt und wie lange das Land brauchen würde, um in den Besitz von Atombomben zu gelangen.“

Zu der eindeutig klaren Äußerung Raisis, US-Präsident Joe Biden nicht treffen zu wollen, sagte Psaki, zwischen Washington und Teheran bestünden keine diplomatischen Beziehungen. Daher stehe ein Treffen der beiden Präsidenten ohnehin nicht zur Diskussion.

Auch aus Deutschland gab es zu der Wahl Raisis Stellungnahmen. Bijan Djir-Sarai, Mitglied des Bundestags und Außenexperte der FDP, sagte der Bild-Zeitung: „Raisi ist für eklatante Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten verantwortlich.“ Es sei „außerordentlich problematisch“, mit dieser Regierung zu verhandeln. Ähnlich äußerte sich der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt. „Ohne eine klare Absage Irans an Terrorunterstützung in Jemen, Syrien, Libanon und Gaza wird es kein neues Abkommen und keine Lockerung der Sanktionen geben“, sagte er.

Der UNO-Sonderberichterstatter für Iran, Javaid Rehman, forderte in einem Interview mit der Agentur Reuters eine unabhängige Untersuchung der Rolle Raisis bei den Massenmorden von 1988. Sein Büro habe in den vergangenen Jahren diesbezüglich Dokumente und Zeugenaussagen gesammelt. Er sei auch bereit, diese Dokumente dem UN-Menschenrechtsrat zur Verfügung zu stellen, falls der Rat eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Falls Raisi beauftragen würde.

„Ich denke, dass jetzt, wo Herr Raisi Präsident geworden ist, die Zeit gekommen ist und dass es sehr wichtig ist, die Ereignisse des Jahres 1988 und die Rolle der Personen bei diesen Ereignissen genauer zu untersuchen“, sagte Rehman. Diese Untersuchungen seien im Interesse Irans. „Andernfalls werden wir mit dem neu gewählten Präsidenten und seiner Rolle bei den Hinrichtungen große Probleme haben.“ Rehman zeigte sich zugleich besorgt über die Berichte zu den Versuchen der Islamischen Republik, die Massengräber der damals Hingerichteten, die sich in Khawaran, im Südosten der Hauptstadt Teheran befinden, unkenntlich zu machen, beziehungsweise zu vernichten.

Amnesty International hatte früher die Zahl der 1988 hingerichteten politischen Gefangenen auf 5.000 geschätzt. 2018 erklärte sie in einem Bericht, die Zahl könnte „wesentlich höher“ liegen.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) begrüßte den Vorschlag Rehmans. Antoine Bernard, Stellvertreter des Generaldirektors der Organisation, sagte, die Kommission, die Rehman vorgeschlagen habe, müsse von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterstützt werden.

Medien und Politiker in der Türkei hoben die niedrige Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl hervor und äußerten die Vermutung, dass mit Raisi als Chef der neuen Regierung gravierende Änderungen in der Außenpolitik und Innenpolitik Irans zu erwarten seien. Die Tageszeitung Hürriyet titelte: „Der neue Präsident Irans ist extrem konservativ.“ Er sei Mitglied eines vierköpfigen Gremiums gewesen, das für die Hinrichtung von 3.000 oppositionellen Gefangenen verantwortlich sei. Daher werde er in Iran „Ayatollah Massenmörder“ und „Metzger“ genannt.

Eine andere türkische Zeitung schrieb: „Jetzt bilden der Revolutionsführer, der Präsident, die religiösen Instanzen und die Revolutionsgarden eine Einheit. Damit wird auch eine Radikalisierung der Außenpolitik stattfinden und Iran wird bestrebt sein, seine Macht in der Region weiter auszubauen. Das wird den Umgang der Türkei mit Iran schwieriger machen.“

### **EHEMALIGER GEHEIMDIENSTCHEF WARNT VOR EINFLUSS DES MOSSAD**

Ali Junessi, ehemaliger Geheimdienstchef und derzeit Berater von Präsident Hassan Rohani, sah sich zu einer höchst brisanten Warnung veranlasst. In einem Gespräch mit der Website Dschamaran zeigte er sich „sehr besorgt“ über die Einflussnahme des israelischen Geheimdienstes im gesamten Staatsapparat der Islamischen Republik. Dieser Einfluss sei laut Junessi so groß, dass „jeder Verantwortliche in Iran um sein Leben fürchten muss.“

Ein wichtiger Grund, der zu der hohen Einflussnahme des Mossad geführt habe, seien die bestehenden Rivalitäten zwischen den Geheimdiensten in Iran. Früher hätten die Geheimdienste wie die Mitglieder einer Familie zusammengehalten, sich gegenseitig Geheimnisse mitgeteilt und nach außen gemeinsam agiert. Doch seit einigen Jahren herrsche zwischen ihnen ein regelrechter Krieg. Die Gründung neuer Geheimdienste habe das Geheimdienstministerium geschwächt: „Statt gegen ausländische Einflussnahmen zu kämpfen, bekämpfen sie ihre Rivalen im Inland.“ Dieser Zustand habe den Einfluss des Mossad ermöglicht. Den Rivalitäten müsse ein Ende gesetzt werden, forderte Junessi.

Zu der Rolle des Mossad in Iran veröffentlichte das persischsprachige Programm der BBC einen längeren Artikel, den wir im Folgenden zusammenfassen:

Die Ereignisse der letzten Jahre, wie der Anschlag auf die Atomanlage in Natans, der Terroranschlag auf den Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh oder die Entwendung von höchst geheimen Dokumenten über das iranische Atomprogramm, haben dazu geführt, dass derzeit in Iran der israelische Geheimdienst Mossad in aller Munde ist. Eigentlich ist Israels Einfluss in Iran nicht neu. In der Schah-Zeit gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten beider Länder. Israel hatte sogar beim Aufbau des iranischen Geheimdienstes SAVAK eine wichtige Rolle gespielt. Nach der Revolution verwandelte sich die Freundschaft in Feindschaft.

Doch die meisten Aktivitäten des Mossad wurden der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. In Iran wurden sie geheim gehalten, um Fehler oder Schwächen der eigenen Sicherheitskräfte zu verbergen, und die Israelis schwiegen ohnehin über derlei Aktionen. Aber in den letzten Jahren häuften sich die Anschläge auf sensible Objekte und wichtige Personen so, dass ihre Geheimhaltung nicht mehr möglich war. So waren die Iraner bemüht, zumindest die Schäden möglichst begrenzt zu halten, indem die Folgen der Sabotageakte, wie der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad sagte, als recht gering dargestellt wurden. Zudem wurden einige Unschuldige als Täter verurteilt, oder es wurde behauptet, die Täter seien ins Ausland geflüchtet.

Auch die Israelis brachen ihr Schweigen. Zwar übernahmen sie für die meisten Aktionen keine Verantwortung, erklärten aber unverblümt, dass ihre Geheimdienste „in das Herz

Irans“ eingedrungen seien. „Wir haben unermüdlich Informationen gesammelt, ihre Geheimnisse offengelegt und ihren Stolz und ihr Selbstbewusstsein gebrochen“, sagte der frühere Mossad-Chef Yossi Cohen. „Mit der Operation, bei der wir zahlreiche Dokumente, ihre Nuklear- und Militärpläne entwendet haben, konnten wir ihre Lügen vor der ganzen Welt entlarven.“ Zwei Tage später sagte Ex-Präsident Ahmadinedschad, statt den Spuren ausländischer Geheimdienste nachzugehen, „sind unsere Geheimdienste damit beschäftigt, bei inländischen Aktivisten zu spionieren“. „Das ist kein Spaß. Die geraubten Dokumente sind wertvolle Geheimnisse unseres Landes.“ Der Einfluss israelischer Geheimdienste in Iran sei so groß, dass selbst der Chef der für Israel zuständigen Abteilung im Geheimdienstministerium sich als ein Spion Israels herausgestellt habe, sagte Ahmadinedschad.

Auffallend ist, dass solche Fälle, bei denen verantwortliche Iraner als vermeintliche Spione Israels entlarvt werden, gerade in der Zeit der Regierung von Hassan Rohani stark zugenommen haben. Sogar unter den Delegierten Irans bei den Atomverhandlungen soll es Agenten gegeben haben. Der konservative Abgeordnete im Teheraner Parlament, Dschawad Karimi Ghodduzi, sagte der Website Afkar News: „Spione innerhalb des Staatsapparats hat es immer gegeben. Doch in der Regierung Rohani sind solche Fälle wesentlich häufiger geworden.“ Vor drei Jahren erklärte das Geheimdienstministerium, innerhalb des Staatsapparats befänden sich „Dutzende Spione“, die festgenommen worden seien. Allerdings wurden Namen oder die Umstände der Verhaftung nie bekanntgegeben. Die Häufung der Fälle erleichtert es Gegnern als vermeintliche Spione außer Gefecht zu setzen. Ultras und Erzkonservative behaupten, in den Reihen der Reformer und Gemäßigten seien zahlreiche Spione am Werk. Aber auch festgenommene Doppelstaatler, Umweltschützer und politischen Aktivisten wird nahezu ausnahmslos Spionage für das Ausland vorgeworfen.

Diese Verdächtigungen und Denunzierungen werden von Israel gefüttert. Vor einigen Monaten lief im israelischen Fernsehen eine Serie mit dem Titel „Teheran“, bei der es um die Aktivitäten des Mossad in Iran ging. Die Serie fand auch außerhalb Israels, insbesondere in Iran, große Aufmerksamkeit. In dem Film geht es um den Plan, das Teheraner Stromnetz lahmzulegen, um einen Anschlag auf eine Atomanlage durchführen zu können. Die Serie lief gerade zu einer Zeit, in der sich die Anschläge gegen Atomanlagen und Atomwissenschaftler in Iran häuften.

Auch das iranische Fernsehen zeigte eine Reihe von Serien, in denen allerdings inländische Spione entlarvt werden. In einer Serie mit dem Titel „Gando“, die den Angaben der Produzenten zufolge auf Tatsachen beruht, werden auch Mitglieder der Regierung entlarvt. Die Regierung Rohani, vor allem Außenminister Mohammad Dschawad Sarif, haben gegen den Film protestiert und vergeblich die Absetzung der Serie gefordert. All dies hat in Iran Unsicherheit, Verwirrung, Misstrauen und Verdächtigungen ausgelöst. Das ist keine günstige Atmosphäre für einen Staat, der von Feinden umgeben ist und selbst Feindschaften propagiert.

Kürzlich sagte der neue israelische Verteidigungsminister Benny Gantz in einem Interview mit einem israelischen Sender: „Iran weiß sehr wohl, wie wir vorgehen. Wir haben Konflikte mit Iran und werden, wo immer es nötig ist, handeln, um eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern.“

## IRAN UND DIE TALIBAN

Einem Bericht der AFP vom 7. Juli zufolge haben sich laut einer Mitteilung des Teheraner Außenministeriums Vertreter der afghanischen Regierung und der Taliban in Teheran getroffen. Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif begrüßte den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und betonte, das Schicksal des afghanischen Volkes liege nun einzig in der Hand des afghanischen Volkes und der politischen Führung, die „schwierige

Entscheidungen über die Zukunft des Landes“ zu treffen habe. Der Dialog sei der beste Weg zum Frieden, sagte der Minister.

Das US-Außenministerium begrüßte mit vorsichtigem Ton das Treffen in Teheran. Solche Initiativen könnten für die Zukunft Afghanistans nützlich sein, hieß es aus Washington. Der Sprecher des Außenministeriums Ned Price sagte, die Afghanen müssten eine konstruktive Rolle spielen. Was Iran mit seiner Initiative anstrebe, könnte positiv sein: „Man muss abwarten, was die Zukunft bringen wird.“ Die Nachbarstaaten Afghanistans sollten ihren Einfluss geltend machen, um den Weg zum Frieden zu ebnen. „Kein Staat, der mit Gewalt die Macht erobert, ist legitim. Er verdient keine Unterstützung, weder seitens der Weltgemeinschaft noch seitens des afghanischen Volkes.“

Iran ist besorgt über die gegenwärtige Lage im Nachbarland. Der rasche Vormarsch der Taliban und die gewaltsamen Auseinandersetzungen könnten zu einer neuen Massenflucht führen. Millionen afghanische Geflüchtete leben bereits in Iran, was angesichts der ökonomischen Krise, in der Iran sich befindet, eine große Belastung für das Land darstellt.

Iran unterstützt offiziell die schiitische Minderheit in Afghanistan. Daher besteht zwischen Teheran und den Taliban eine historische ideologische Feindschaft. Somit ist es nicht erstaunlich, dass Iran 2001 die USA bei ihrem Angriff auf Afghanistan, der zum Sturz der Taliban führte, militärisch unterstützte und ihnen wichtige Informationen zur Verfügung stellte. Bereits seit Jahren werden die Taliban in Iran als eine terroristische Organisation bezeichnet. Doch seit geraumer Zeit versuchen beide Seiten pragmatisch miteinander umzugehen. Im Vordergrund stehen ökonomische Interessen und nicht zuletzt die Sicherheit der Grenzgebiete. Die Grenze zwischen beiden Staaten ist trotz starker Kontrollen für den Schmuggel von Drogen und für Geflüchtete recht durchlässig. Wichtig für Iran ist auch die Sicherung der beiden Flüsse Helmand und Hari Rud, die von Afghanistan nach Iran fließen.

Als 2015 der Islamische Staat (IS) in Afghanistan seine Aktivitäten begann, verstärkte Iran seine bereits begonnene Kooperation mit den Taliban. Die Zusammenarbeit war zunächst geheim, entwickelte sich aber dann zu offiziellen diplomatischen Beziehungen. Gegen Ende 2018 gab Iran bekannt, Gastgeber einer Delegation der Taliban gewesen zu sein. Angeblich sei die afghanische Regierung über das Treffen informiert worden. Begründet wurde das Treffen mit Grenzsicherungen. 2020, als zwischen den USA und den Taliban der Abzug der US-Truppen vereinbart wurde, erklärte Sarif: „Die Taliban werden sicherlich in Zukunft ein Teil von Afghanistan sein, aber nicht von ganz Afghanistan.“

Am 11. Juli vereinbarten Iran und die Taliban, den normalen Grenzverkehr an dem Grenzübergang Islam Kala zu sichern. Sabiollah Modschahed, Sprecher der Taliban, sagte der BBC, sowohl die Taliban als auch Iran betonen, dass der normale Grenzverkehr gesichert sei. Der Grenzübergang, an dem der größte Teil des offiziellen Handels zwischen Iran und Afghanistan abgewickelt wird, wurde am 10. Juli von den Taliban erobert. Zugleich erklärte die Provinzregierung in Herat, sie sei dabei, zusätzliche Soldaten in die Region zu schicken, um Islam Kala zurückzuerobern.

## **GESPRÄCHE MIT DEN USA ÜBER GEFANGENENAUSTAUSCH**

Iran hat am 13. Juli offiziell bestätigt, dass zwischen Teheran und Washington Gespräche über einen Gefangenenaustausch stattfinden. „Die Verhandlungen über dieses Thema laufen“, sagte Regierungssprecher Ali Rabii auf einer Pressekonferenz in Teheran. Offenbar verstärkte Washington den Druck auf Teheran, um die Freilassung aller in Iran inhaftierten US-Bürger zu erreichen. Robert Malley, Iran-Beauftragter der US-Regierung, wiederholte am 13. Juli mit Nachdruck diese Forderung. US-Präsident Joe Biden bestehe darauf, dass alle Gefangenen freigelassen werden, sagte er.

„Wir sind bereit, alle politischen Gefangenen im Austausch für die Befreiung aller iranischen Häftlinge in der ganzen Welt zu entlassen“, sagte Rabii. Damit meinte er auch Gefangene in anderen Ländern, die im Zusammenhang mit US-Sanktionen inhaftiert wurden.

Wenige Tage später hieß es aus Teheran, es seien am Rand der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm in Wien Vereinbarungen über den Austausch von zehn Gefangenen aus den USA und Großbritannien getroffen worden. „Iran ist gleich heute bereit, die Gefangenen freizulassen“, sagte Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, am 18. Juli. Er sei „erstaunt“ über das Verhalten der Amerikaner.

Einen Tag zuvor hatte Ned Price, Sprecher des US-Außenministeriums, erklärt, es gebe keinerlei Vereinbarung bezüglich eines Gefangenenaustauschs. Der Vorwurf, die USA wollten den Gefangenenaustausch mit Atomvereinbarungen verknüpfen, wies er entschieden zurück. Mit diesem Vorwurf wolle Iran versuchen, die USA für die ins Stocken geratenen Atomverhandlungen verantwortlich zu machen.

### **DSCHAHANGIRI: ALLE HABEN UNS ALLEIN GELASSEN**

Erster Vizepräsident Eshagh Dschahangiri bilanzierte in den letzten Tagen seiner Amtszeit die Beziehungen Irans zu der Außenwelt. „Alle unsere befreundeten Staaten wie Indien, China oder Russland haben uns unter dem Druck der Vereinigten Staaten alleine gelassen“, sagte er bei einem Vortrag am 24. Juli in Teheran. Als die USA Sanktionen gegen uns verhängten, weigerten sich diese Staaten, uns unser eigenes Geld zurückzuzahlen. Das können wir nicht, sagten sie, weil die Amerikaner uns bestrafen. Wir konnten nicht glauben, dass die uns am nächsten stehenden Staaten die US-Sanktionen unterstützen würden. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass ein Land wie Indien dem Druck Washingtons nachgibt und kein Öl mehr von uns kauft. Sogar Russland und China, ja selbst unsere Nachbarstaaten, für deren Unabhängigkeit wir unsere Kinder opferten, beugten sich dem Druck. Sie sagten, unsere nationalen Interessen erlauben uns nicht, mit euch zu kooperieren. So blieb uns nichts anderes übrig, als die Sanktionen zu umgehen.

### **ENTFÜHRUNG EINER JOURNALISTIN AUS DEN USA GESCHEITERT**

Die US-Bundespolizei FBI hat nach eigenen Angaben rechtzeitig einen Plan zur Entführung einer iranisch-amerikanischen Journalistin vereiteln können. Demnach sollte die in den USA lebende Masih Alinejad zunächst nach Venezuela verschleppt und danach nach Iran gebracht werden. Die heute 44-jährige Journalistin hatte Iran 2009 verlassen und später die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie ist eine bekannte Kritikerin des Regimes in Teheran und verbreitet über Twitter und andere Netzwerke Nachrichten und Kommentare.

Die Staatsanwaltschaft in New York hat laut dpa vom 14. Juli gegen vier Mitarbeiter oder Informanten des iranischen Geheimdienstes Anklage erhoben. Den Angaben der Justiz zufolge befinden sich die vier Personen, deren Namen genannt wurden, in Iran. Einer von ihnen, Aliresa Farahani, soll Agent des iranischen Geheimdienstes sein, die drei anderen, Mahmud Chasein, Kia Sadeghi und Omid Nuri, gehören den Angaben zufolge einem Netz von Informanten des Geheimdienstes an. Alle vier Personen wurden zusätzlich wegen Umgehung amerikanischer Sanktionen, Bankenbetrug und Geldwäsche angeklagt. Das FBI nahm auch eine Iranerin mit amerikanischer Staatsbürgerschaft mit dem Namen Nilufar Bahadori in Kalifornien fest, ließ sie aber wenige Stunden später gegen eine Kaution frei. Auch gegen sie hat die Staatsanwaltschaft wegen Beihilfe Anklage erhoben. Sie soll die Entführer mit Geld und Informationen unterstützt haben. Sie selbst bestreitet den Vorwurf.

Angeblich soll die Entführung nur ein Teil eines größeren Plans gewesen sein, den die vier Beschuldigten umsetzen sollten. Dazu gehörte die Entführung von drei Personen in Kanada und einer Person in Großbritannien. Angaben zu den Personen wurden nicht gemacht.

Wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Falls nahm das Teheraner Außenministerium dazu Stellung. Ministeriumssprecher Said Chatibsadeh bezeichnete den Vorwurf als „eine Inszenierung“, die „reif für einen Hollywood-Film“ sei, mit dem „vergeblichen Ziel, eigene, längst entlarvte Agenten zu retten“.

Die Sprecherin der New Yorker Staatsanwaltschaft, Audrey Strauss, sagte: „Eine unserer wertvollsten Freiheiten ist die Freiheit, ohne Angst vor staatlichen Sanktionen, Gedanken und Meinungen zu äußern. Einer Bürgerin der Vereinigten Staaten, die in Amerika lebt, muss es erlaubt sein, Menschenrechte zu verteidigen, ohne von einem anderen Staat beobachtet zu werden. Dank dem FBI wurde diese Verschwörung entlarvt. Den Angeklagten konnte es nicht gelingen, durch gewaltsame Entführung eine Kritikerin zum Schweigen zu zwingen.“

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jennifer Psaki, sagte, Amerika verteidige mit aller Kraft die Interessen der eigenen Bürger und die des Landes. Auf die Frage, ob der Fall Auswirkungen auf die Atomverhandlungen haben werde, sagte sie: „Die Gespräche werden fortgesetzt. Wir haben Iran noch nie als einen guten Spieler auf der internationalen Bühne eingeschätzt, weder mit Blick auf den Versuch, eine amerikanische Bürgerin zu entführen, noch mit Wissen über die Aktivitäten Irans im Nahen Osten, gegen die der Präsident Sanktionen geplant hat. Zugleich sind wir der Meinung, dass es in unserem und im Interesse der Vereinigten Staaten liegt, bei den Verhandlungen präsent zu sein.“

Alinejad hatte bereits vor einem Jahr in einem Artikel in der Washington Post berichtet, dass sie von Iran bedroht wurde. Man habe versucht, sie in die Türkei zu locken, um sie von dort aus nach Iran zu verschleppen. Sie bedankte sich in einem Interview mit der BBC bei allen Menschen, die sie unterstützt haben. „Die Islamische Republik hat versucht, mich zu entführen, um mich zum Schweigen zu bringen. Aber ich fürchte mich nicht. Ich werde, so lange ich lebe, eine Stimme sein für alle Mütter, deren Söhne hingerichtet wurden, für alle Frauen, Minderheiten und Unzufriedenen in Iran.“

Eine Woche nach Bekanntwerden des Falls hat US-Außenminister Antony Blinken mit Alinejad telefoniert. Danach schrieb er auf Twitter: „Heute habe ich ein gutes Gespräch mit Masih Alinejad gehabt. Sie hat sich sehr tapfer gezeigt. Ich habe betont, dass die USA stets und überall unabhängige Journalisten unterstützen.“

### **SCHLIEßUNG DES ISLAMISCHEN ZENTRUMS IN HAMBURG GEFORDERT**

Laut einer Meldung der dpa vom 27. Juni forderte der Antisemitismusbeauftragte der Stadt Hamburg, Stefan Hensel, die Schließung des Islamischen Zentrums in Hamburg. „Ich bin dafür, dass dieses Zentrum geschlossen wird“, sagte er der Welt am Sonntag. „Es sind Repräsentanten eines Landes, das jeden zweiten Tag fordert, Israel müsse von der Landkarte verschwinden.“ Das Zentrum stelle eine reale Gefahr für die in Hamburg lebenden Juden dar. Auch die Mehrheit der in Hamburg lebenden Muslime wolle nicht mit „den antisemitischen iranischen Mullahs“ in einen Topf geworfen werden.

Nach Ansicht der Bundesregierung bilde das IZH eines der „wichtigsten Propagandazentren“ Irans in Europa. Der Hamburger Verfassungsschutz betrachtet den Leiter des Zentrums, Hadi Mofatteh, als Beauftragten des Revolutionsführers Ali Chamenei. In einem Bericht der Behörde wird das Zentrum als extremistisch eingeschätzt. Es handele sich um „iranische Islamisten“, heißt es dort.

Einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes vom 29. Juni zufolge sei die Fortsetzung der Zusammenarbeit der Stadt Hamburg mit dem IZH laut der CDU fraglich. „Die Evaluation der Staatsverträge im kommenden Jahr muss genutzt werden, um die Zusammenarbeit zu beenden“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries bei einer digitalen Podiumsdiskussion. Hingegen wollen Vertreter von SPD und Grünen am Dialog festhalten.

Die Stadt Hamburg hat mit dem Schura, dem Rat der islamischen Gemeinschaften, dem auch das IZH als Mitglied angehört, Verträge geschlossen, in denen Rechte und Pflichten der jeweiligen Gemeinden festgelegt worden sind. 2022 sollen diese Verträge verlängert werden.

Der religionspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Ekkehard Wysocki, meinte laut epd, wichtig sei, dass der Dialog fortgesetzt werde, um eine gemeinsame Strategie gegen Antisemitismus organisieren zu können. Ein Ausschluss des IZH sei nicht der richtige Weg.

Auch die Grünen wollen an den Verträgen festhalten. Die Evaluierung der Verträge im nächsten Jahr biete eine gute Gelegenheit, über die Beziehungen der Gemeinden zu bestimmten Ländern zu sprechen und deren mögliche Einflüsse kritisch zu hinterfragen, sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jennifer Jasberg. Mit Extremisten könne man nicht reden, entgegnete de Vries.

Mit Hinweis auf neue Dokumente erklärte der Sprecher des Hamburger Verfassungsschutzes Marco Haase, beim IZH handele es sich um einen Außenposten Teherans in Europa, wie dpa am 19. Juli berichtete. Zentrumsleiter Mofatteh sei eindeutig weisungsgebunden. Die Behauptung des Zentrums, unabhängig zu sein, sei nicht glaubhaft. In den Dokumenten werde „quasi amtlich bestätigt, dass Mofatteh als offizieller Stellvertreter des Chomeini-Nachfolgers Chamenei anzusehen ist“, sagte Haase. „In mehreren dieser direkt an Mofatteh gerichteten Schreiben wird er als „geehrter Vertreter des Obersten Führers, Leiter des Islamischen Zentrums“ angesprochen. Aus den Belegen gehe weiterhin hervor, dass Mofatteh zu der in der Bundesrepublik als terroristisch eingestuften libanesischen Hisbollah Verbindung habe.

„Mit solchen Organisationen und Verfassungsfeinden darf ein demokratischer Staat und die Freie und Hansestadt Hamburg keine Verträge schließen“, zitierte dpa den Innenexperten der CDU-Fraktion, Dennis Gladiator. Es sei nun erwiesen, „dass das IZH ideologisch, organisatorisch und personell ein Außenposten des Teheraner Regimes ist, mit dessen Hilfe der in der iranischen Verfassung verankerte Auftrag des weltweiten Exports der iranischen Revolution umgesetzt werden soll. Wir fordern den Senat abermals auf, nicht mehr wegzuschauen, sondern den Spuk endlich zu beenden“, sagte Gladiator.